



## ***Antwort auf Massenschreiben***

Stand: Oktober 2015

### **Flüchtlinge / Asylgesetzgebung**

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

in den letzten Wochen haben mich zahlreiche Emails und Schreiben zum Thema Flüchtlingspolitik erreicht. Für Ihre Zuschriften bedanke ich mich, denn der direkte und offene Dialog mit meinen Wählerinnen und Wählern ist mir sehr wichtig. Um dies gleich vorweg zu sagen: Angesichts der enormen Herausforderung, vor der wir als Land und als Politiker derzeit stehen, wird es keine einfache, schnelle und allen Interessen gerecht werdende Lösung geben, sondern nur eine stetig zu überprüfende Reihe von Maßnahmen und Anstrengungen auf allen beteiligten Ebenen. Wer hier etwas anderes behauptet, betreibt keine seriöse Politik, sondern simplen Populismus. Ich persönlich traue meinen Wählern jedoch zu, dass sie derartige Methoden durchschauen und, genau wie ich, an einer lösungsorientierten Vorgehensweise und der Umsetzung unserer christlichen Werte und unseres Rechtsstaates interessiert sind.

Sie alle haben also meine volle Zustimmung, wenn Sie beispielsweise die Anwendung der Scharia in deutschen Städten kritisieren, oder Aggressionen gegenüber Helfern, Polizisten und Mitflüchtlingen in deutschen Erstaufnahmeeinrichtungen. Unser Grundgesetz ist eine historische Errungenschaft. Meinungs- und Pressefreiheit und insbesondere die Gleichberechtigung von Mann und Frau stehen für mich als Unionsabgeordnete nicht zur Disposition. Hier unterstütze ich meine Kollegin Julia Klöckner, deren Stellungnahmen Sie sicherlich ebenfalls in den Medien verfolgt haben, in vollem Umfang und aus tiefster Überzeugung.

Ebenso unantastbar ist jedoch für mich das national und international mannigfach verbriefte Recht auf Asyl für diejenigen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Und auch die grundsätzliche Idee eines vereinten und freien Europas, wie sie im Schengener Abkommen zum Ausdruck kommt, liegt mir als Europapolitikerin am Herzen. Allerdings müssen wir uns dabei stets vor Augen halten, dass wir im Sinne von Schengen auch diejenigen Länder unterstützen sollten, die unsere Außengrenzen absichern. Das derzeit diskutierte System der so genannten Hot Spots könnte hier einen ersten Schritt in die richtige Richtung darstellen.

Im Augenblick müssen wir zwei immense Herausforderungen gleichzeitig bewältigen: Zum einen die Versorgung und Integration der Flüchtlinge, die bereits in unserem Land sind und gute Aussichten auf dauerhaftes Bleiberecht haben – und zum anderen, wie auch von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gefordert, die Begrenzung der Flüchtlingsströme nach Europa, um die vorhandenen Kapazitäten überhaupt sinnvoll nutzen zu können. Zu bedenken ist hierbei auch, dass wir es allen Vergleichen in den Medien zum Trotz eben nicht mit einer Fluchtbewegung wie beispielsweise am Ende des Zweiten Weltkrieges zu tun haben. Die Flüchtlinge von heute besitzen Smartphones und sind bestens vernetzt; die Neuen Medien werden von Schleppern, Flüchtlingen und sogar von NGOs gleichermaßen genutzt und tragen dazu bei, dass selbst Gruppen von mehreren tausend Menschen extrem agil und für Grenzbeamte und Sicherheitskräfte kaum „navigierbar“ sind.

Aus diesem Grund wurde in der vergangenen Woche im Bundestag und beim Flüchtlingsgipfel der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder ein ganzes Paket an Gesetzen und Maßnahmen beschlossen, über die ein breiter Konsens besteht. Konkret sind dies: eine deutliche Beschleunigung der Asylverfahren, die Beseitigung von Fehlanreizen (mehr Sachmittel statt finanzieller Hilfen), die Entlastung von Ländern und Kommunen durch finanzielle und personelle Aufstockungen, eine frühere Integration aussichtsreicher und die konsequente Rückführung aussichtsloser Asylbewerber, sowie die Erklärung weiterer Staaten (insbesondere aus dem Westbalkan) zu sicheren Herkunftsländern. Alles dies muss selbstverständlich flankiert werden von einem ebenso vielschichtigen Maßnahmenpaket auf europäischer und internationaler Ebene – von der Bekämpfung der Fluchtursachen bis zur gerechten Verteilung der Asylsuchenden auf die europäischen Mitgliedstaaten.

Die anstehenden Aufgaben werden sicherlich nicht kurzfristig und nicht konfliktfrei zu lösen sein, aber ich bin dennoch zuversichtlich, dass wir sie mit den genannten Maßnahmen und vor allem auch dank des großen Engagements der ehrenamtlichen Helfer langfristig schultern können.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch einige grundsätzliche Bemerkungen: Angesichts der Komplexität und der schieren Ausmaße der aktuellen Flüchtlingssituation besteht naturgemäß eine gewisse Kluft zwischen der öffentlichen und medialen Diskussion einerseits und dem politischen Tagesgeschäft andererseits. Wir beobachten derzeit eine extrem breit gefächerte Gemengelage schon innerhalb der einzelnen Parteien und Fraktionen. Hier findet eine sehr engagierte, oftmals auch emotional aufgeladene Diskussion zwischen Realismus, Idealismus und Wunschdenken statt, die dann wiederum auf den nächsten Ebenen auf unterschiedlichste Regierungskoalitionen der Bundesländer und des Bundestages trifft. Hinzu kommen unsere föderalen Strukturen mit den unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bund und Ländern. Überall müssen nicht nur Debatten geführt, sondern auch solide Mehrheiten gefunden werden, um die einzelnen Vorhaben umsetzen zu können.

In Rheinland-Pfalz hat meine Parteikollegin Julia Klöckner den CDU Flüchtlingsgipfel initiiert und als erste Politikerin überhaupt im Zusammenhang mit Flüchtlingsheimen auch „unangenehme“ Themen wie die Gleichberechtigung von Frauen, die Gültigkeit des Grundgesetzes und die Verpflichtung zur Integration angesprochen. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat zwar mit einiger Verspätung viele dieser Forderungen aufgegriffen, kommt jedoch gleichzeitig ihrer Pflicht in Sachen Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern – vermutlich auch auf Wunsch des Koalitionspartners – nicht oder nur sehr viel schlechter als andere Bundesländer nach. Auch ich selber habe nach meinen Besuchen in Erstaufnahmeeinrichtungen schon frühzeitig auf frauenpolitische Aspekte hingewiesen (meine Pressemitteilung hierzu finden Sie auch auf dieser Website) und musste leider feststellen, dass ich mit diesem Anliegen in der lokalen Presse keinerlei Widerhall fand.

Sie sehen, dass der verständliche Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach schnellen Lösungen und einfachen Antworten durch mich als Politikerin nicht zu erfüllen ist. Mit den permanenten Veränderungen der Flüchtlingsslage ändern sich auch die politischen Erkenntnisse und Handlungsoptionen. Wichtig ist mir persönlich, nicht nur mit den verantwortlichen Politikern und Helfern vor Ort im Dialog zu bleiben, sondern auch mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern.

Mit freundlichen Grüßen

Ursula Groden-Kranich MdB